

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Arbeiterschaft nach dem Krieg

Der Krieg rüttelt und schüttelt alles in tollem Wirbel durcheinander. Nicht nur die Menschen, sondern auch die Parteien und ihre „geheiligten“ Programme. Der Schützengraben kennt keinen Unterschied zwischen dem Kapitalisten und dem mittellosen Arbeiter, zwischen dem Akademiker und dem Bauernknecht. Menschen, die sich noch gestern gesellschaftlich meilenweit entfernt standen, sind heute auf gleicher Stufe vereint für Leben und Tod. In allen Schichten des Volkes und der politischen Parteien aber bemerken wir ein Suchen, ein Tasten und Werten nach den verschiedensten Richtungen hin. Die Welt der Tatsachen hat manches zertrümmert von dem, das wie ein Evangelium aufgenommen und behütet worden war. Denn wenn der Deutsche erst einmal „sein“ Programm gefunden hat, läßt er so leicht nicht wieder los. Er hegt und pflegt es und hüllt sich darin sorgsam ein, damit er ja keinen Schaden an seiner Ueberzeugung erleide. Dadurch wächst die Entfernung von dem Anderdenkenden und bildet einen üppigen Boden für Vorurteile und falsche Bewertungen. Für das innere Leben der Nation ist das kein Gewinn, im Gegenteil: Wir brauchen nur auf die starken Vorurteile, ja auf das direkte gegenseitige Sich-abstoßen der verschiedenen Bevölkerungsklassen hinzuweisen. Und man mußte an dem guten Willen, sich überhaupt kennen und verstehen lernen zu wollen, zweifeln. In diese Welt der Vorurteile und der falschen Beurteilungen ist der Krieg wie ein Donner Schlag dazwischengeplatzt, und die Umwertung von Menschen und Dingen, sowohl nach unten wie nach oben, läßt sich nicht mehr aufhalten. Wer Leben will, kann heute sehen. Was dem deutschen Volke zur äußeren Machtentfaltung und zur inneren Stärkung dient, läßt sich heute leicht erkennen.

Was wird nach dem Kriege? Diese Frage liegt auf aller Lippen. Sie ist groß und nicht immer leicht zu beantworten. Wir haben neu aufzubauen auf vielen Gebieten: im Wirtschaftsleben, auf politischem und staatlichem Gebiete. Es ist in Erwägung zu stellen, ob alle die Kräfte, die sich während des Krieges äußerten, und die Zeugnis von ihrer die Kraft des deutschen Volkes stärkenden Tätigkeit ablegten, die Anerkennung und Bewertung gefunden haben, die sie billigerweise beanspruchen konnten. Wer sich diese Fragen überhaupt nicht vorlegt, wer sie falsch beurteilt oder aber bei richtigem Erkennen aus egoistischen Gründen glaubt sich über sie hinwegsetzen zu sollen, handelt nicht nur unklug, sondern auch ungerecht. Und es werden damit Kräfte und Geister geweckt, die aus verkannter Wertschätzung ihre besondere Schärfe erhalten. Hoffnungen, deren Erfüllung sich im Rahmen einer gewissen Selbstverständlichkeit bewegten, pflegen, falls sie geküßt werden, in der Regel eine bittere Unzufriedenheit wachzurufen.

Deutschland führt einen Volkskrieg im wahrsten Sinne des Wortes. Jeder Staatsbürger bringt Opfer, große Opfer. Seelisch trägt das Volk die Last des Krieges gleichmäßig, materiell empfindet sie die minderbemittelte Bevölkerung am härtesten. Zahlenmäßig genommen, stellt die lohnarbeitende Bevölkerung das Gros der Kämpfer. Bei den hohen technischen Anforderungen dieses Krieges hat die industrielle und die handwerksmäßig ausgebildete Arbeiterschaft eine besonders hohe Bedeutung erlangt. In 1870 lagen die Verhältnisse wesentlich anders. War der Prozentsatz der unter Waffen Stehenden gegenüber der Gesamtvolkszahl ein erheblich geringerer als heute, so stellte auch die Landwirtschaft die Mehrzahl der Kämpfer. Eine industrielle Arbeiterschaft in unserem heutigen Sinne war nicht vorhanden.

Die soziale Umschichtung des deutschen Volkes hat seit dem siebziger Krieg eine ungeheure Veränderung erfahren. Die Industrie hat gegenüber der Landwirtschaft die Vorherrschaft erlangt. Damit ist die Zahl der lohnarbeitenden Bevölkerung ins Riesenhafte gewachsen. In dieser Entwicklung wurzelt das größte soziale Problem, dessen Lösung vor dem Krieg nicht

viel hoffnungsvoller aussah, wie durch alle die Jahre scharfer sozialer Kämpfe. Ja, in den allerersten Jahren hatte es durch die auf Beschränkung unserer Sozialpolitik und auf Einschränkung der Arbeiterrechte gerichteten Bestrebungen eine schärfere Nuancierung erfahren.

Wir reden seit Jahren von einer Einordnung der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft. Ist diesem Bestreben seitens der besitzenden Klasse und der gesetzgebenden Faktoren das erforderliche Verständnis entgegen gebracht worden? Hat man den Arbeitern auch nur den Weg der Einordnung gewiesen? Das kann man nur an wenigen Stellen bejahen. Die schärfsten Kämpfe der Arbeiter waren notwendig, um den sozialen Abstand nicht noch größer werden zu lassen. Sie mußten diese Kämpfe auf der Grundlage einer veralteten Gesetzgebung führen, die den neuen Verhältnissen keine Rechnung trug. Wir verweisen auf das bestehende Koalitionsgesetz aus 1867, das kein Koalitionsrecht, sondern nur eine beschränkte Koalitionsfreiheit enthält. Die praktische Handhabung dieses Gesetzes richtete sich in seiner ungünstigen Wirkung auch nur gegen die Arbeiter. Heute noch haben wir Kreise innerhalb der Großindustrie, die das Recht der Arbeiter, sich zu koalieren, nicht anerkennen. Von den Kämpfen der Arbeiter um das Koalitionsrecht wollen wir gar nicht reden. Und vor dem Kriege wurde von einflussreichen Arbeitgeberkreisen und von politischen Interessengruppen einer Verschärfung dieses Zustandes noch das Wort geredet. Sollte man dies für möglich halten? Nur mangelndes soziales Verständnis, eine veraltete Auffassung über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und politische Kurzsichtigkeit konnte zu solcher Haltung führen.

Wie steht es mit der öffentlich-rechtlichen Vertretung der Arbeiterschaft? Wir haben Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern; die Arbeiter dagegen haben keine Vertretung. Wir haben es während dem Krieg erfahren müssen, welchen Einfluß diese Kammern zum Teil auf die Gestaltung der Dinge genommen haben. Welches aber war das Los der Arbeitskammervorlage vor einigen Jahren? Obwohl sie eine paritätische Zusammenfassung erfahren sollten, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen die Arbeitskammer bilden sollten, war der Einfluß der Großindustrie trotzdem stark genug, die Vorlage deshalb zu Fall zu bringen, weil den Angehörigen der Arbeiterorganisationen das Recht der Wahlbarkeit gegeben werden sollte.

Wo ist der Einfluß der Arbeiter in der Gesetzgebung und Verwaltung? Im Reichstag ist er deshalb so gering, weil sich die Sozialdemokratie infolge ihrer Haltung selbst ausschaltet, in den Einzellandtagen und den Kommunen ist er auf Grund bestehender Wahlrechte auf ein Minimum eingeschränkt und daher praktisch gleich Null. Von der Verwaltung ist die Arbeiterschaft mit Ausnahme eines Teiles aus unserer sozialen Versicherungsgesetzgebung überhaupt ausgeschlossen.

Trotz der entgegenstehenden Hemmungen hat es die Arbeiterschaft vermocht, ihren sozialen Aufstieg durchzuführen. Die in den letzten Jahren so sehr angefeindete gesetzliche Sozialpolitik hat diesen Aufstieg erleichtert. Die organisatorische und gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterberufsverbände hat sich in Werte umgesetzt, die zur Durchführung des Krieges von eminenter Bedeutung sind. Durch ihren dauernden Kampf um die Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, haben sie die Volkskraft und die Volksgesundheit vermehrt. Sie haben ihre Mitglieder erzogen zu freiwilliger Unterordnung und selbstloser Hingabe für ein großes Ziel. Sie haben Initiative gewacht, wo geistige Trägheit ein hilfloses Dasein führte. Sie haben volkswirtschaftliche und politische Kenntnisse vermittelt, die zur Beurteilung der großen, zur Entscheidung stehenden Fragen unentbehrlich sind. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung insbesondere hat sich die staatspolitische und vaterländische Erziehung angelegen sein lassen. Die der inneren Stärkung dient und die großen Opfer leichter tragen läßt. Nicht zuletzt haben die Arbeiter-

organisationen ihre materiellen Mittel zur Vinderung der Kriegsnot bereitgestellt.

Über die Arbeiter sind auch Staatsbürger. Kann man ein Wahlrecht, wie das zum Preussischen Landtag und das Dreiklassen-Kommunalwahlrecht in der Zukunft noch aufrecht erhalten? Darf das Volk für die Vertretung in diesen Institutionen auch weiterhin ausschlaggebend sein, die über das Wohl und Wehe der Gesamtheit, über die sie gesetzt ist, zu befinden hat? Man mag diesen Gedanken kaum ausdenken, wegen der unangenehmen Empfindungen, die er auslöst.

Die Arbeiterschaft kämpft für die Erhaltung und Kräftigung des Deutschen Reiches. Sie kämpft gewiß für sich selbst, denn auch die Arbeiter haben bei einer Niederlage Deutschlands viel zu verlieren. Ihnen aber stehen noch andere, schwerwiegende Interessen gegenüber, für deren Erhaltung die Arbeiter durch das Schwergewicht ihrer Zahl weit stärker ins Gewicht fallen. Das soll beileibe nicht so aussehen, als wenn wir eine Rechnung für geleistete Dienste aufstellen wollten, nein, wir wollen nur, was aus sozial- und staatspolitischer Einsicht schon längst Wirklichkeit hätte sein müssen.

Wer diesen berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt, der fördert praktisch die Einordnung der Arbeiter in die bürgerliche Gesellschaft. Die Rechte müssen mit den Pflichten in Einklang stehen. Aus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind die vernünftigen Konsequenzen zu ziehen, für die der Krieg ein so hervorragendes Lehrmeister ist. Der Arbeiterstand steht gleichberechtigt neben den anderen in der Verteidigung des Vaterlandes, dann soll er auch gleichberechtigt neben ihnen stehen in politischen, im wirtschaftlichen und im staatlichen Leben. Die staatliche Sozialpolitik und die Arbeiterorganisationen treten ein für die minderbemittelte Klasse, bewahren sie vor dem Hinabsinken ins Elend. Das deutsche Volk hat kein Interesse an der Vermehrung der großen Vermögen, während die breite Volksmasse in kümmerlichen Verhältnissen lebt; es hat kein Interesse, daß das Reich und die Kommunen von einer bestimmten Geld- oder Abels-herrschaft allein regiert wird; es hat kein Interesse, daß in bestimmten Verwaltungszweigen nur Angehörige einer oder mehrerer Kasten vertreten sind. Das ganze Volk soll an diesen Aufgaben teilhaben, dafür kämpft und blutet es gemeinsam.

Wir wissen, daß es weite Kreise gibt, deren soziale und politische Anschauung durch die Erfahrungen des Krieges eine andere Richtung gewonnen hat, die auch den Arbeitern Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen. Und es hat weithin eine andere Bewertung der Arbeiterbewegung Platz gegriffen. Es sind aber auch bereits Kräfte an der Arbeit, die in die Großindustrie hinweisen, die diese Entwicklung hemmen und stören möchten. Möge ihren Bemühungen kein Erfolg beschieden sein, möge vielmehr der große Krieg der letzte Anstoß zur Verwirklichung der wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse mit den andern Ständen sein.

Gegen den Lebensmittelwucher

Das Stellvertretende Generalkommando des 1. Böhmer-schen Armeekorps hat folgende Bekanntmachung erlassen:
„Die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände erreichten zeitweise eine Höhe, die die Lebenshaltung außerordentlich erschweren. Die Teuerung ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die unlauteren Machenschaften einzelner Personen und Kräfte des Zwischenhandels. Um dem wucherischen Treiben entgegenzutreten, wird bestimmt: Mit Gefängnis bis zu einem Jahr wird bestraft 1. wer beim gewerksmäßigen Einkauf von Gegenständen des Tagesbedarfs Preise bietet, die ungewöhnlich hoch sind, wenn nach den Umständen des Falles die Absicht anzunehmen ist, eine Preissteigerung oder Heraufhebung bestehender Höchstpreise herbeizuführen, 2. wer Vorräte an Gegenständen des Tagesbedarfs, die an sich zum Verkauf bestimmt sind, aus dem Verkehr zurückbehält, um eine Preissteigerung oder Heraufhebung der bestehenden Höchstpreise herbeizuführen, 3. wer beim gewerksmäßigen Kleinverkauf für Gegen-

Hände des täglichen Bedarfs Preise fordert oder annimmt, die nach der Marktlage ungerecht hoch sind, 4. wer als Verkäufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs ohne genügenden Entschuldigungsgrund, so lange seine Vorräte reichen, einem Käufer die Abgabe von Verkaufsgegenständen gegen Bezahlung verweigert. In dem Urteil ist anzuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen in drei von dem Gericht zu bestimmenden Tageszeitungen bekannt zu machen ist. Im Strafverfahren entscheidet über die Frage, ob der Preis angemessen ist, die Distriktspolizeibehörde endgültig."

Diese Bekanntmachung hat in München seitens der Verbraucher ungeteilten Beifall ausgelöst. Es wird daran der Wunsch geknüpft, sämtliche Generalkommandos müssen ebenso vorgehen, was in Bayern inzwischen auch geschehen ist.

Wie es gemacht wird, zeigt ein Dokument, das von einer konservativen Zeitung veröffentlicht wird. Ein Kartoffelgroßhändler richtete an einen Landwirt folgenden Schreiben:

„Nachdem Sie trotz der Ihnen am 2. April cr. gestellten Lieferfrist mir bis heute die von Ihnen gekauften Kartoffeln nicht geliefert, lehne nunmehr die Annahme Ihrer Leistung ab und verlange statt Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung. Mein entgangener Nutzen stellt sich wie folgt:

15. 10. 14 1000 Zentner „Industrie“ gekauft à 2,45 M.,
verkauft mit à 6,50 M. gleich 4050 M.
1000 Zentner „Westwunder“ gekauft à 2,35 M.,
verkauft mit à 6,— M. gleich 3650 M.
zusammen 7700 M.

Ich bitte um Einsendung des Betrages innerhalb acht Tagen, widrigenfalls ich die Sache, so leid es mir tut, dem Rechtsanwalt übergebe.“

Also gekauft wurde der Zentner Kartoffeln der ersten Sorte mit 2,45 M., verkauft aber mit 6,50 M.; Verdienst 4,05 M. Die zweite Sorte wurde gekauft mit 2,35 M., verkauft mit 6 M.; Verdienst 3,65 M. Das nennt man ein Geschäft. Und wer hat zu zahlen? Die breite Volksmasse, die natürlich auch am meisten darunter leidet. Hier muß eingegriffen werden, insbesondere bei den Produzenten der neuen Ernte. Da sind Erlasse wie der vorstehende des Generalkommandos des 1. Bayerischen Truppenkorps nur zu begrüßen. Mit dem Erlasse und dem Androhen empfindlicher Strafen allein aber ist es nicht getan, es muß auch die konsequente Durchführung folgen. Das ist aber nur möglich, wenn amtliche und private Ueberwachungsstellen eingerichtet werden, die den Spekulanten auf die Finger sehen und sie rücksichtslos zur Anzeige bringen.

Eine bemerkenswerte Zuschrift geht der „N. W. Ztg.“ (Nr. 532) von kommunaler Seite über die Rehrseite der städtischen Fleischversorgung zu. Dieselbe führt aus:

Die städtischen Verwaltungen machen mit dem Absatz der von ihnen bei der Herabminderung der Schweinebestände im Frühjahr bewirkter Beschaffung von Fleischdauermware die verchiebensten Erfahrungen. Es zeigt sich im allgemeinen, daß der Erfolg wesentlich von dem Preisunterschiede zwischen frischer und Dauermware abhängt. Betsach ist dieser Unterschied nicht sehr erheblich, da die Herstellung der Dauermware mit verschiedenen Kosten belastet war, die den Aufschlag im Kleinhandel mit frischem Fleisch annähernd ausgleicht. Es kommt hinzu, daß mit dem Verkauf der Dauermware in größerem Umfange auch das Angebot von frischem Fleisch sofort stärker geworden ist und stellenweise auch

ein Preisabschlag eingeführt hat, um die Konkurrenz der Dauermware vollends abzuschwächen.

Im allgemeinen werden die städtischen Verwaltungen den sozialen Zweck der Dauermwaren-Beschaffung mit Rücksicht zu tragen haben, wenn diese auch in der Mehrzahl der Fälle nicht allzu erheblich sein werden. Das erste Angebot der Dauermware hat verhältnismäßig schlanken Absatz gefunden, bei den weiteren Angeboten ergab sich in einer Reihe von Arten eine merkliche Verlangsamung des Absatzes, die auf das stärkere Angebot des Frischfleischmarktes zurückgeführt wird. Besonders ungünstige Erfahrungen mit der von ihr beschafften Dauermware macht die Stadt Götting; sie hat von dem ersten Angebot von 100 000 M nicht weniger als 80 000 M nach außerhalb absetzen müssen, weil bei den Göttinger Einwohnern die Dauermwaren keinen Anklang fanden. Nach den Angaben des Magistrats wird die Stadt bei dem Ankauf von Dauermware im Betrage von 500 000 M etwa 62 000 M zusetzen.

Aus allen Erfahrungen läßt sich entnehmen, daß die Kaufkraft der Bevölkerung nach elfmonatiger Kriegsdauer die Fähigkeit beibehalten hat, bevorzugte Geschmacksrichtungen ohne ängstliche Rücksichtnahme auf die Preisgestaltung zu befriedigen. Würde die Masse abschlächtung der Schweine nicht erfolgt sein, so könnte heute mit einer ganz besonders günstigen Lage der Fleischversorgung gerechnet werden.“

Daß der Verkauf der aufgestapelten Fleischdauermwaren der Kommunen, der erst mit dem 1. Juni beginnen durfte, eine Wirkung nach unten auf die Fleischpreise ausüben würde, war vorauszusehen, war durchaus erwünscht und auch gewollt. Daß aber die Kaufkraft der Bevölkerung nach elfmonatiger Kriegsdauer noch die Fähigkeit behalten haben soll, ihre bevorzugte Geschmacksrichtung ohne ängstliche Rücksichtnahme auf die Preisgestaltung zu befriedigen, daran glauben wir nicht. Das trifft nur für einen geringen Bruchteil, auf die Bessergestellten, zu. Darunter mag ein geringer Teil Arbeiter sein, die in der Kriegsindustrie gegenwärtig einen hohen Verdienst haben. Warum die Städte ihr Fleisch nicht los werden, das liegt daran, daß die große Masse einfach nicht die Mittel hat, um es kaufen zu können. Warum stellen allein im Monat Mai 500 Schlächter in Berlin ihre Geschäfte ein? Bei den hohen Preisen sämtlicher Lebensmittel kommt in unzähligen Familien fast die ganze Woche kein Fleisch an den Tisch. Jeder einzelne von uns weiß, wie sich eingeschränkt werden muß. Kann denn eine fünf- oder sechsstöckige Familie mit 25, 35 oder 40 M Wochenlohn auch nur einige Male 1,60 M bis 2 M für ein Pfund Schweinefleisch in der Woche ausgeben? Was bleibt denn da für die übrigen Lebensmittel übrig? Dazu der Aufwand für Kleider und Schuhe. Diese gewaltige Einschränkung wirkt nach einer bestimmten Dauer allerdings auf die Preise nach unten. Die gleiche Wirkung muß die jetzige Schweinefleischproduktion ausüben, die nach der großen Abschächtung im Frühjahr sich wieder regulär entwickeln konnte und die in den hohen Preisen einen vermehrten Anreiz erhielt. Die Kommunen sollten ihre Fleischdauermwaren zu einem möglichst niedrigen Preis abgeben, selbst wenn ein Schaden damit für sie verbunden ist. Sie dienen damit der ärmeren Bevölkerung und beeinflussen die Preisbildung um so schärfer.

Mit aller Deutlichkeit müssen die verantwortlichen Instanzen auf die großen Gefahren der Deuerung hingewiesen werden. Jeder ist sich bewußt, daß der Krieg höhere Preise mit sich bringt. Es dürfen aber keine

Durcherpreise sein und keine solche, für die man keine Notwendigkeit sieht und noch weniger eine Erklärung dafür hat.

Heinrich Heesen †

Schon wieder hat uns ein recht herber Verlust betroffen: Am 14. Juni ist unser Kollege Heinrich Heesen bei einem Sturmangriff in Galizien gefallen. Ein Kopfschuß machte seinem Leben ein Ende.

Kollege Heesen hat nur ein Alter von 24 Jahren erreicht. Geboren in Stryum-Derhausen kam er mit 19 Jahren an die Zentrale als Korrespondent. Nachdem er Maurergeselle geworden war, besuchte er nebenbei die Handelsschule und erwarb sich dort die Kenntnisse und Fähigkeiten, die er in seiner späteren Stellung benötigte. Er zeichnete sich aus durch großen Fleiß und Vorwärtsstreben. Mühsigsein kannte er nicht, die Arbeit war ihm, wie man so sagt, angeboren. Dabei war er ein treuer Charakter, dessen Zuverlässigkeit über alles erhaben war.

Im Februar rückte er zum Militär ein, um nach seiner Ausbildung auf den östlichen Kriegsschauplatz abzurücken. Mit Begeisterung zog er hinaus, um für das Vaterland zu kämpfen. Nur wenige Wochen hat er in dem blutigen Streit gestanden. In der Nähe von Demberg entglitten die Waffen seinen Händen und dort fand er auch sein Grab.

Seine alten Eltern, die er regelmäßig unterstützte, seine Geschwister und seine Verlobte trauern um ihn. Wir trauern mit ihnen um unseren guten Heinrich, denn wir wissen, was wir an ihm verloren haben. Wir und insbesondere noch die Berliner Mitglieder, der Arbeiter- und Jugendverein, in denen er sich eifrig betätigte, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Kollege Heinrich Heesen hat einen guten Kampf gekämpft, möge ihm die fremde Erde leicht sein! Er ruhe in Frieden!

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Heinrich Himmerich aus Schenkelberg, Mitglied der Verwaltungsstelle Duisburg; Karl Mühlhoff, Mitglied der Zahlstelle Bochum; Herrmann Fabian (nebst Beförderung zum Unteroffizier), Mitglied der Zahlstelle Schwerin a. W.; Paul Wiotte, Mitglied der Zahlstelle Oliva; Kollege Unglaube, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin; Bernhard Rode (nebst Beförderung zum Unteroffizier), Mitglied der Zahlstelle Poppel; Sturmhus Krieg aus Großtaft, Mitglied der Zahlstelle Ebersfeld-Barmen, Fliesenleger. Im Januar war Kollege Krieg schon zum Unteroffizier befördert worden. Unsere besten Glückwünsche.

In der Sozialdemokratie vollziehen sich seit einiger Zeit sehr beachtenswerte Vorgänge. Bei Kriegsbeginn hat sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in ihrer Mehrheit auf den Boden der Tatsachen gestellt. Die Fraktion stimmte daraufhin für die Kriegstreibende. Eine Minderheit in der Fraktion war schon damals dagegen. Diese hat inzwischen unter der Hand eine rege Tätigkeit entfaltet, im Inland und im Ausland. Sie will die Partei vom Zusammenarbeiten mit den verantwortlichen Stellen des Reiches und mit den anderen Parteien und Volksteilen wieder abdrängen. Auf ihrer Seite steht auch offensichtlich die „große“ Parteipresse. So der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“. Der besonnenere Teil der sozialdemokratischen Partei-

Das deutsche Bundeszeichen

Frei und unerschütterlich
Wachsen unsere Eichen;
Mit dem Schmutz der grünen Blätter
Stehn sie fest in Sturm und Wetter,
Ranken nicht noch weichen.

Wie die Eichen himmelan
Trotz den Stürmen stehen,
Sollen wir auch ihnen gleichen,
Frei und fest wie deutsche Eichen
Unser Haupt erheben.

Derum sei der Eichenkronen
Unser Bundeszeichen,
Dass in Laten und Gehäusen
Wir nicht zerfallen oder wanken,
Niemals nutzlos weichen.

Hoffmann v. Fallersleben.

Wie es in einem Pionier-Dörfchen aussieht

Magdab, den 30. Juni 1915.

Sicher Jenseit!

„Sich nicht von der russischen Front hinter den besten Schützengraben, liegt im Walde ein kleines Dörfchen, von dem man glauben sollte, Jenseit und Sommer hätte es nicht. Keine hoch liegende Dörfchen liegt im Berg von F. und H. zu unseren Schützengraben. Seit man den Berg hoch über Dörfchen, welches so ruhig und friedlich unter schützigen Tannen liegt, so

merkt man noch nicht, daß bald die Stätte naht, wo der unerbittliche Tod seine Ernte einheimst. Vor einigen Wochen, lieber Freund, ahnte noch niemand von uns, daß an die er Seite im Walde eine so schön und zugleich romantische Wohnstätte entstehen würde. Damals lagen wir in dem Dorfe R. ganz friedlich in unseren Unterständen, als uns die russische Artillerie ihre eisernen Grüße herüberjagte und den Ort einfach dem Erdboden gleich machte. Zwar versuchten wir nochmals, uns in unseren Unterständen zu behaupten. Aber sobald uns die Russen darin bemerkten, ließen sie sofort ihre verderbenbringenden Beschießung los. Lieber Freund, ein Bild der Verwüstung kannst Du dir vorstellen, als an einem einzigen Tage 194 Geschosse ins Dorf, welches aus 14 Wirtschaften bestand, niederfielen. Jede Wirtschaft besteht aus Wohnhaus, Scheune und Stallgebäude. Also entfallen auf jede Wirtschaft nicht ganz 14 Geschosse. Unsere Unterstände brachen zum Teil unter der Dacht der Geschosse zusammen, deshalb haben wir uns gezwungen, unsere Wohnungen nach dem Walde zu verlegen. Dasselbe Schicksal ereilte auch die Infanterie, welche im Dorfe zur Reserve lag. Also entstand im Walde ein neues Dörfchen, wie es schöner kaum gedacht werden kann. Am Anfang desselben auf der rechten Seite ist eine Bodenplatte entstanden. Man erkennt sofort den Zweck derselben, wenn man die einzelnen Worte liest:

„Der Ordnung liegt und Keilichkeit,
Der wache hier sein Panzerleid.“

Auf der anderen Seite reist sich Häuschen an Häuschen, welche alle aus lauter Baumstämme gefertigt sind. Auf einem dieser Häuschen erhebt sich eine hohe Baracke mit der Aufschrift: „Sitzstube“. Auf dieser Baracke liegt eine Tischplatte, bestehend aus Baumstammes, Pflanzens, Brennholz und Scheitelscheitels (letzterer ist aus Baumstammes gefertigt), deren Zweck ihre lustigen Sicher erhalten. Und man in die Mitte des Dörfchens,

so erblickt das Auge reizende Blumenbeete, geschmückt mit kleinen Tannenbäumchen. In einem der Beete steht ein kleines, aber schön und reich verziertes Häuschen. An der Fahne mit dem roten Kreuz kann man erkennen, welchem Zweck es dienen kann. So wie dieses Häuschen mit Fahne sind alle anderen mit Insignien versehen. Da liest man zum Beispiel: „Willa Mauschelecke, Zillertal, Zum lustigen Emil, Willa Hoffnung, Willa Luise, Zur Bauernschänke, Alter Stamm, Haus der Jernge, Zum alten Knochen, Willa Moorbad“ usw. Vor dem Eingang befinden sich kleine Gärtchen, welche den Häuschen einen imposanten Anblick gewähren. Auch an Belustigung fehlt es nicht. Hier ein großes Karussell, da eine Lustschaukel. Dazwischen läßt die Musik ihre lustigen Weisen erklingen. „Gut dem Lukas,“ ruft der Mann mit dem Zylinder, „immer ran, meine Herrschaften, haut ihm, daß die Nase platzt“ usw. Da plötzlich ein ohrenbetäubender Knall. Alles wendet sich erschreckt um. In unmittelbarer Nähe ist eine russische Granate geplatzt. Aber es kümmert sich weiter niemand darum, sondern es geht jeder weiter seiner Belustigung nach. Ueber diesem ist die Zeit vergangen. Da hoch, ein Kommandowort: „Fertig machen, antreten“. Eine halbe Stunde später: tiefe Stille liegt über dem vor kurzem noch lustigen Dörfchen. Pipier gehen, um ihre gefahrvolle nächtliche Arbeit zu verrichten, deren es ja immer sehr viel gibt. Der Rest der Zurückgebliebenen ist in tiefen Schlummer versunken, und nur die leisen Schritte des Postens lassen erkennen, daß auch hier Menschen an dem süßen Schlaf sich erquiden. So sieht es in einem Pionierdörfchen, nicht weit von der russischen Front, aus. Aber ebenso lustig, wie der Pionier ist, ebenso versteht er es, dem Feinde einen Streich zu spielen, wenn der Ernst der Stunde es von ihm fordert.

Mit kollegialem Gruß

Ed. Niedmann.

funktionäre hat, das geht aus dem Hin- und Her im Parteilager klar hervor, gegenüber denjenigen, die schon jetzt die alte „Taktik“ der Volksverhöhnung wieder aufnehmen wollen, einen schweren Stand. Gewinnen die ganz „Unentwegten“ wieder die Oberhand, so würde das ohne Zweifel für die Weiterentwicklung des deutschen Parteilebens und wohl auch der Arbeiterbewegung nach dem Kriege von weittragender Bedeutung sein.

Läßt sich das vertreten? Die „Kölnische Volkszeitung“ vom 5. Juli (Nr. 538) teilt mit:

„In einer gestern mittag tagenden außerordentlichen Generalversammlung der Kölner Metzgerinnung unterbreitete Obermeister Stadterordneter Mertens ein Antrag der Stadt Köln an die hiesigen Metzgermeister, die aufgestapelten Fleischwaren an die Bevölkerung weiterzuverkaufen. Es handelt sich um 532 760 Kilo Fleisch. Die Stadt verlangt für Speck 1,10 M., Schmalz 1,30 M. und Schinken 1,35 M. das Pfund. Der Preis, den die Metzger von der Bevölkerung nehmen dürfen, ist für Speck 1,10 M., für Schmalz 1,30 M. und Schinken 1,35 M. festgesetzt. Zweimal wöchentlich kann die Ware vom Metzger bezogen werden, jedoch nicht unter einem Zentner und nicht über drei Zentner.“

Das städtische Fleisch soll Dienstags, Mittwochs, Freitags und Samstags an die Bürgerschaft verkauft werden. Für den Fall der Ablehnung der Metzger hatte die Stadt die Errichtung eigener Verkaufsstellen ins Auge gefaßt. Eine Konsumgenossenschaft hatte sich bereit erklärt, die gesamte Ware an die Bevölkerung weiterzuverkaufen. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, den Verkauf des städtischen Fleisches unter den angegebenen Bedingungen zu übernehmen.“

Sodann wurden also die Metzgermeister 30 Pfg. am Pfund verdienen. Läßt sich ein so hoher Verdienst irgendwo rechtfertigen? Verkauft ein Metzger zwei Zentner pro Tag, hat er bei etwa 10 M. Umkosten glatt 50 M. verdient. Mit aller Entschiedenheit muß gegen eine derartige Verteuerung Front gemacht werden.

Die Dienstfähigkeit der deutschen Verwundeten.

Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatgebietes behandelten Angehörigen des deutschen Heeres kamen in Abgang, berechnet auf je 100 des Abganges, als:

	dienstfähig	gestorben	anderweitig*)
August 1914	84,8	3,0	12,2
September 1914	88,1	2,7	9,1
Oktober 1914	88,9	2,4	8,7
November 1914	87,3	2,1	10,6
Dezember 1914	87,8	1,7	10,5
Januar 1915	88,7	1,4	9,9
Februar 1915	88,6	1,3	10,0
März 1915	88,9	1,6	9,5
April 1915	91,2	1,4	7,4
Durchschnitt August 1914 bis April 1915	88,5	1,9	9,6

* anderweitig = Dienstunbrauchbarkeit, Beurteilung. Ein Teil von diesen Leuten hat später die Dienstfähigkeit wieder erlangt, so daß die Zahlen der als „dienstfähig“ Entlassenen in Wirklichkeit etwas größer als angegeben sind.

Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatgebietes behandelten Angehörigen des deutschen Heeres sind gestorben, berechnet auf je 100 des Abganges, im August 1914 3,0, September 2,7, Oktober 2,1, November 2,1, Dezember 1,7, Januar 1915 1,4, Februar 1,3, März 1,6, April 1,4 usw.

Aus dieser Aufstellung geht die hervorragende Heilbehandlung der deutschen Verwundeten hervor. Für die deutsche medizinische und chirurgische Wissenschaft ein glänzendes Zeugnis.

Höchstpreise für Petroleum.

Während im Winter trotz der Petroleumknappheit sich der Preis dafür in normalen Bahnen bewegte, ist er in letzter Zeit durch wilde Spekulationen und Händler enorm in die Höhe getrieben worden. Es sind 70-80 Pfg. für das Liter Petroleum gefordert und auch bezahlt worden. Die Regierung sah sich daher veranlaßt, Höchstpreise für den Groß- und Kleinhandel festzulegen. Uns interessieren hier nur die Kleinhandelspreise. Diese betragen pro Liter 32 Pfg., wenn es für Laden abgeholt wird, und 34 Pfg. beim Zusatzen. Die Höchstpreise treten am 15. Juli in Kraft. Um die Leuchtstofffrage für den kommenden Winter zu regeln, haben die Petroleumgesellschaften den Tankwagenbetrieb bis zum 1. September einzustellen; nur für gewerblichen Zweck darf nach Ausstellen eines Zeugnisses der Gewerbeaufsichtsbehörde Petroleum abgegeben werden. Außerdem werden Grundstücke aufgestellt, nach denen die Verteilung an die Verbraucher zu erfolgen hat. Da diese bisher fehlten, ist es zu manchen Willkürlichkeiten und Unzuträglichkeiten beim Ein- und Verkauf von Petroleum gekommen.

Der Erfinder des Zahlorbistems tot.

Im Alter von 79 Jahren starb in Philadelphia der Erfinder des nach seinem Namen benannten „Systems wissenschaftlicher Betriebsführung“, Taylor. Bei der deutschen Arbeiterbewegung hat dieser Name keinen guten Klang. Beruht doch das ganze System auf einer mehr als fast rücksichtslosesten Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft mit all ihren Schäden und Mängeln, die damit verbunden. Groß ist zwar die Zahl der auf dieses System eingestellten Betriebe. Aber es wäre zu wünschen, daß mit Taylor auch dessen wissenschaftliche Betriebsführung begraben würde.

Das Gemeinbewahlrecht der Kriegsteilnehmer.

Amlich wird mitgeteilt: Zur Erhaltung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer ist soeben mit Gesetzeskraft eine Königl. Verordnung ergangen, die den Gemeinden die Befugnis gibt, durch Gemeinbewahlrecht für die Jahre 1915 und 1916 auszuscheiden, ent-

weder, daß von einer Aufstellung, Berichtigung und Auslegung der Liste der stimmberechtigten Bürger (Gemeindeglieder) ganz abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird, oder daß bei Aufstellung und Berichtigung der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer eine Minderung der veranlagten Steuerbefreiung oder Einkommensbezüge gegenüber der letzten endgültigen Liste außer Betracht bleibt.

Die rechtzeitige Beschaffung von Leuchtmitteln

und Beleuchtungseinrichtungen für den Herbst und Winter war kürzlich Gegenstand der Beratungen einer vom Kriegsausschuß für Konsuminteressen einberufenen Sachverständigenkonferenz. Die darin von Vertretern des Petroleum-, Spirit- und Karbidhandels, sowie der Lampenfabrikanten und Händler abgegebenen Gutachten veranlassen den Kriegsausschuß, alle Bevölkerungskreise, die irgendwie dazu in der Lage sind, dringend aufzufordern, von der Petroleumbeleuchtung zu Gas oder Elektrizität überzugehen. Von den städtischen und privaten Leuchtzentralen wird gleichzeitig erwartet, daß sie hierbei nach dem Muster verschiedener Gemeinden für weitgehende Erleichterungen bei der Anlage der Leitungen und der Beschaffung von Leuchtkörpern Sorge tragen, damit die sehr beschränkte Petroleummenge durch Verringerung der Nachfrage für die wirklich auf Petroleumverbrauch angewiesenen ärmeren Volksschichten übrig bleibt. Den Verbrauch- und Ortsauswärtigen für Konsuminteressen ist die Weisung zugegangen, in diesem Sinne bei den kommunalen Stellen nachdrücklich tätig zu sein. Von der Reichsregierung wird die Einführung der bereits von der Presse angekündigten Petroleumhöchstpreise erhofft. Eine als unerwünschte Folge davon hier und da befürchtete Einschränkung der Leuchtstoffzufuhr wurde auch von dem Vertreter des Petroleumgroßhandels als gegenstandslos hinfällig. Außerdem ließe sich diese Gefahr durch Einfuhrbeschränkungen beseitigen. Nach Berücksichtigung dieser Wünsche sind nach Veröffentlichung der jetzt in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen der Regierung zur leichteren und sichereren Benutzung sonstiger Leuchtquellen glaubt der Kriegsausschuß an die Möglichkeit einer, wenn auch stark eingeschränkten und verteuerten, so doch immerhin sichergestellt Beleuchtung in der Zeit der langen Abende.

Läßt Heber Taten sehen, anstatt der Worte.

Das Newyorker Gewerkschaftsblatt hat am 18. April an die deutschen „freien“ Gewerkschaften folgendes Telegramm gerichtet:

„Die amerikanische Arbeiterbewegung will nicht länger indifferent bleiben gegenüber dem brüdermörderischen Konflikt, der jetzt Europa verwüstet. Das Newyorker Gewerkschaftsblatt (C. F. U. of N. Y.), als Vertreter von über 300 000 organisierten Männern und Frauen, hat beschloffen, den organisierten Arbeitern der ganzen Welt klarzumachen, energisch und zugleich die Arbeit zur Beendigung des Krieges aufzunehmen. Wir zweifeln nicht, daß die Arbeiter es in der Hand haben, dieses Ziel zu erreichen. Wir beabsichtigen, eine Delegation, als die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft Amerikas, in dieser Mission zu senden. Die erste Massenversammlung, welche eine solche Aktion fördern soll, wird am 15. April in der „Cooper Union Hall“ stattfinden. Wir sind von keinerlei Vorurteil und Haß oder Antipathie befreit. Wir sind nur von einem Erbange hierbei geleitet, und das ist, daß der Friede wiederhergestellt werden und die Arbeit der gegenseitigen Zerstörung beendet werden muß. Wir erwarten Ihre volle Mitarbeit und hoffen, von Ihnen zu der Zeit zu hören.“ Ernst Bohm, Sekretär.

Nicht mit Worten wird der Friede unter den Völkern wiederhergestellt, sondern durch Taten. Lediglich die amerikanischen Munitionslieferungen ermöglichen es Frankreich, Rußland und England, weiterzutämpfen. In anderen Fällen hätten wir schon längst den Frieden. Uns Deutschen kommen solche Worte, angesichts der Tatsache, daß unsere Brüder durch die von amerikanischen Arbeitern hergestellte Munition zu Krüppeln geschossen werden, wie eine Verhöhnung vor. Sollten diese Worte uns etwa über die Wirklichkeit hinwegtäuschen, so etwa, wie es bisher mit allen angeblichen Friedensbestrebungen englischer und amerikanischer Profiel versucht wurde? Das glaube man nur ja nicht. Nur Taten können den tiefen Unmut der deutschen Bevölkerung über die amerikanische Munitionslieferung verdrängen. Es kann so kommen, wie kürzlich ein amerikanischer Bankmann in einem englischen Blatte ausführte, daß am Schluß des Krieges nicht mehr in Deutschland gesagt wird „Gott strafe England“, sondern „Gott strafe Amerika“!

Groß-Berliner Baumarkt und Krieg

Die Entwicklung des Groß-Berliner Baumarktes, so entnehmen wir dem „Berliner Tageblatt“, läßt den Einfluß des Krieges immer deutlicher erkennen. Das kann nicht überraschen. Die Unternehmungslust im Baugewerbe, die vor dem Kriege eine leichte Neigung zur Velebung zeigte, wurde durch den Kriegsausbruch notwendigerweise so gut wie völlig zum Schwinden gebracht. Der spekulative Wohnungsbau hörte mit Rücksicht auf die starke Veränderung, die der Wohnungsmarkt durch den Krieg erfährt, beinahe ganz auf, und wo sich im Frühjahr des laufenden Jahres, also zu Beginn der eigentlichen Bauzeit, neue Ansätze zu einer regulären Bau-tätigkeit zeigten, mußten sie unter dem zunehmenden Mangel an Arbeitern schnell wieder zurückgehen. Das Auftragsbaugeschäft, das sich namentlich mit Fabrik- und Geschäftshausbauten befaßt, war mit Rücksicht auf die naturgemäß abwartende Haltung von Handel und Industrie während des Krieges ebenfalls ziemlich beschäftigungslos. Was schließlich behördliche, bzw. öffentliche Bauten betrifft (mit Ausnahme von Tiefbauunternehmungen, Bahnbauten usw., die hier nicht miterörtert werden sollen), so kamen sie für den Groß-Berliner Bezirk während des Krieges bisher nur in geringem Maße in Betracht.

So hat denn die Groß-Berliner Bau-tätigkeit für die Hauptbauphase des Jahres, die Monate April-Juni, in diesem Jahre ein ziemlich bescheidenes Aussehen. Steht man die dem Schlußverein Berliner Bauinteressen (Bauauskunftstelle) von den Baupolizeibehörden in dieser Zeit zur Begutachtung übermittelten Baugenehmigungsgesuche mit den Zahlen der entsprechenden Zeit des Jahres 1914 gegenüber, so ergibt sich für die Parallelwochen folgendes Bild:

	Baugenehmigungsgesuche	
	in 1915	in 1914
2. bis 8. April	5	28
9. bis 15. April	8	27
16. bis 22. April	5	31
22. bis 29. April	6	31
30. April bis 6. Mai	9	28
7. bis 13. Mai	1	28
14. bis 20. Mai	1	34
21. bis 27. Mai	2	18
28. Mai bis 3. Juni	0	24
4. bis 10. Juni	2	30
11. bis 17. Juni	1	45
18. bis 24. Juni	2	29
25. Juni bis 1. Juli	4	22
Zusammen	46	352

Danach sind im 2. Quartal des laufenden Jahres nur rund 15 Proz. soviel Bauten zur Anmeldung gelangt, als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres angemeldet wurden. Zu bemerken ist dabei, daß sich unter den obigen Zahlen der Anmeldungen sowohl Neu- wie auch Umbauten befinden.

Eine Reaktion auf die starke Verringerung der Bau-tätigkeit wird sich voraussichtlich erst nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse, also frühestens alsbald nach Friedensschluß, zeigen. Es ist zu erwarten, daß die bis dahin wohl andauernde Zurückhaltung in der Bauherstellung im günstigen Sinne auf das Baugewerbe ein-wirkt, da der Wohnungsbedarf sowohl wie namentlich der Geschäftshausbedarf sich später in erhöhtem Maße geltend machen und zu befriedigen sein werden.

Die Fürsorge für die Kriegerwaisen

Ueber die Fürsorge für die Kriegerwaisen bringt das „Justizministerialblatt“ folgende Verfügung des preussischen Justizministers vom 7. Juli:

„Besonders verantwortungsvolle Aufgaben erwachsen in der gegenwärtigen Zeit für alle mit der Jugendpflege betrauten Organe durch die Fürsorge für die Kriegerwaisen, die vor Not zu bewahren und zu trösten und brauchbaren Staatsbürgern zu erziehen eine Ehrenpflicht des Vaterlandes ist. Auch die Vormundschaftsrichter sind berufen, zur Erfüllung dieser Ehrenpflicht beizutragen. Die Wege, die sich ihnen hierfür bieten, bestehen vor allem in eingehender Beratung der Vormünder, in anregender und belehrender Einwirkung auf die Väterenräte in den Waisentratsversammlungen und in planmäßigen Zusammenarbeiten mit den Organisationen der freien Liebes-tätigkeit. Namentlich wird die Fürsorge für die Kriegerwaisen durch die Beschränkung der zur Verfügung stehenden Mittel erschwert sein. Die Vormundschaftsrichter werden daher mit den Vormündern namentlich auch zu erörtern haben, in welcher Weise etwaige Ansprüche der Waisen auf Gewährung von Unterhalt gegen Unterhaltspflichtige oder auf Waisenrente gemäß dem Militärhinterbliebenengesetz oder der Reichsversicherungsordnung geltend zu machen sind, sowie ob die Möglichkeit besteht, durch geeignete Anträge an die Verwaltung von Stipendien usw. weitere Mittel zu erlangen. Für besonders geboten erachte ich es ferner, daß den künftigen Familien, welche Kriegerwaisen an Kindes Statt anzunehmen beabsichtigen und deshalb Befreiung von dem erforderlichen Alter nachsuchen, durch verständnisvolles und wohlwollendes Eingehen auf diese Gesuche die Ausführung ihrer Absicht erleichtert wird. Bereits in der Kund-vertung vom 18. Dezember 1903 (Müller, Justizver-waltung, 6. Aufl., S. 1182), in der auf die bei der Ver-arbeitung der Befreiungsgesuche zu beachtenden Gesichtspunkte hingewiesen ist, wird den Oberichten empfohlen, nicht den geschäftlich unerfahrenen Bittstellern Aufzagen zu machen, deren Erfüllung (wie die Beibringung amtlicher Urkunden und Auskünfte) mit Schwierigkeiten für sie verbunden ist, sondern zunächst durch unmittelbares Benehmen mit den sämtlichen Behörden, deren Mitwirkung erforderlich ist (Polizeibehörde, Standesamt, auswärtiges Gericht), die Angelegenheit zu fördern. In besonderem Maße ist ein solches Entgegenkommen bei der Annahme von Kriegerwaisen an Kindes Statt angezeigt. Endlich wird in geeigneten Fällen der Erlaß von Stempeln und Kosten im Gnadenwege beantragt werden können.“

Ausbau der Arbeitsvermittlung

Die gemeinsame Aktion der vier Gewerkschaftsgruppen in Sachen des Arbeitsnachweiswesens hat zwar den beabsichtigten Zweck, eine gesetzliche Regelung noch während der Kriegszeit herbeizuführen, nicht erreicht, ist aber dennoch nicht vergebens gewesen. Auf das Vorgehen der Gewerkschaften folgte die vom Reichsanwalt des Innern einberufene Arbeitsnachweis-Konferenz vom 30. April in Berlin (Siehe Bericht im „Zentralblatt“ Nr. 19, 1915). Im Verfolg der in dieser Konferenz aufgestellten Richtlinien werden jetzt weitere Maßnahmen zwecks Ausgestaltung der Arbeitsnachweise behördlicherseits in die Wege geleitet. Ein Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten, vom 21. Mai, empfiehlt, ein Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise durch Schaffung von Zentralauskunftsstellen namentlich in den größeren Orten in die Wege zu leiten. Der Erlaß, über dessen Ausführung bis zum 1. Juli an das Ministerium berichtet werden soll, hat folgenden Wortlaut:

